

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Omid Nouripour, Tom Koenigs, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/4489 –**

Lage der Binnenflüchtlinge in Afghanistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Von dem Anstieg der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban sind nach Angaben der Vereinten Nationen vor allem Zivilistinnen und Zivilisten schwer betroffen. Seit Jahren steigen nicht nur die Opferzahlen, sondern auch die Zahlen der Menschen, die durch Kämpfe vertrieben werden, dramatisch an. Waren es im Jahr 2008 noch 235 000 Binnenflüchtlinge, sind es heute nach Angaben der Vereinten Nationen bereits 680 000 Menschen. Im Jahr 2014 allein haben 120 000 Menschen ihre Heimat verlassen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch um einiges höher.

Binnenflüchtlinge gehören in Afghanistan zu den Ärmsten der Armen. Oftmals wiederholt sich die Geschichte ihrer Vertreibung und ihnen ist Rückkehr oder Integration auf Jahrzehnte verschlossen. Ihnen mangelt es am Zugang zu Wasser und Nahrung, einer soliden Unterkunft und Zugang zu basaler Gesundheitsversorgung. Zwangsräumungen, fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen und Ausschluss von Bildungsmöglichkeiten verschließen die Perspektive für Integration und Aufstieg.

Die Bundesregierung hat angekündigt: „Wir stehen bereit, Afghanistan weiter zu unterstützen“ (Rede vom Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier vom 5. Dezember 2014 im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll 18/74). Am 11. Februar 2015 hat Afghanistan eine neue Gesetzgebung zum Umgang mit Binnenflüchtlingen verabschiedet, die u. a. von den Vereinten Nationen als vorbildlich begrüßt wird. Gleichzeitig warnen Menschenrechtsorganisationen vor den immensen Herausforderungen bei der Umsetzung.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Seit den 70er-Jahren haben die fortgesetzten gewalttätigen Auseinandersetzungen in Afghanistan zu umfangreichen Flüchtlingsströmen geführt. Die Flücht-

lingszahlen in und aus Afghanistan sind während der sowjetischen Besatzung des Landes sprunghaft angestiegen.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass in den 80er-Jahren mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf der Flucht war, davon etwa drei Millionen Flüchtlinge in Pakistan und etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge im Iran. Ab dem Jahr 1990, so das UNHCR, hätten sogar 3,3 Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan sowie 3 Millionen Flüchtlinge im Iran Schutz gesucht.

Laut UNHCR sind seit dem Jahr 2002 zwischen 4,7 und 5,7 Millionen Flüchtlinge freiwillig nach Afghanistan zurückgekehrt. Derzeit leben etwa 1,7 Millionen registrierte Flüchtlinge in Pakistan und etwa 1 Million registrierte Flüchtlinge in Iran. Trotz rückläufiger Tendenz bleibt die Zahl der afghanischen Flüchtlinge hoch.

Hinzu kommen nach UNHCR-Angaben aktuell etwa 683 000 Binnenflüchtlinge innerhalb Afghanistans. Im Jahr 2001 waren es noch 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge. Im Jahr 2009 zählte das UNHCR 235 000 Binnenflüchtlinge. Belastbare Schätzungen zu Binnenflüchtlingen in den 90er-Jahren liegen nicht vor.

Laut UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist seit Anfang 2015 ein deutlicher Anstieg an zurückkehrenden afghanischen Flüchtlingen aus Pakistan zu verzeichnen. Wie viele dieser Rückkehrer in ihre Herkunftsregion zurückziehen und wie viele zu Binnenflüchtlingen werden, ist noch nicht zu beurteilen.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die steigenden Zahlen der Binnenvertriebenen in Afghanistan, und wie wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Quote der Binnenvertriebenen in Afghanistan entwickeln?

Derzeit gibt es nach UNHCR-Angaben etwa 683 000 Binnenflüchtlinge innerhalb Afghanistans. Die Bundesregierung bedauert den Anstieg und begrüßt die neue Strategie der afghanischen Regierung zum Umgang mit Binnenflüchtlingen (vgl. hierzu auch die Antwort zu Frage 5). Belastbare Aussagen zur zukünftigen Entwicklung der Zahl der Binnenflüchtlinge in Afghanistan liegen nicht vor.

2. In welcher Höhe hat die Bundesregierung Binnenflüchtlinge in Afghanistan in den Jahren 2008 bis 2014 unterstützt (bitte nach Jahr auflisten)?
 - a) Welche Projekte deutscher Entwicklungszusammenarbeit kommen Binnenflüchtlingen zugute (bitte für die Jahre 2008 bis 2014 einzeln auflüsseln)?

Die Bundesregierung hat im Zeitraum der Jahre 2008 bis 2014 in Afghanistan im Rahmen der entwicklungsorientierten strukturbildenden Übergangshilfe, der Zusammenarbeit mit privaten Trägern, der Stabilisierung und des zivilen Wiederaufbaus die in der anliegenden Tabelle aufgeführten Vorhaben finanziert, die ganz oder teilweise Binnenvertriebenen zugutekamen.

- b) Welche humanitären Mittel hat die Bundesregierung in den Jahren 2008 bis 2014 für Binnenflüchtlinge in Afghanistan zur Verfügung gestellt?

Die Bundesregierung hat mit Mitteln des Auswärtigen Amtes in den Jahren von 2008 bis 2014 Projekte zur Unterstützung von Binnenflüchtlingen in folgender Höhe gefördert:

2008: 2,988 Mio. Euro;
2009: 214 000 Euro;
2010: 531 000 Euro;
2011: 762 000 Euro;
2012: 1,575 Mio. Euro;
2013: 902 000 Euro;
2014: 572 000 Euro.

Darüber hinaus leistete die Bundesregierung im Jahr 2008 einen Beitrag in Höhe von 2,5 Mio. Euro für Programme des UNHCR, im Jahr 2010 in Höhe von 2 Mio. Euro, in den Jahren 2013 und 2014 in Höhe von jeweils 1 Mio. Euro, die ganz oder teilweise Binnenvertriebenen zugutekamen. Das UNHCR weist aus, dass 250 000 Euro der für das Jahr 2013 bereitgestellten Mittel und 1 Mio. Euro der für das Jahr 2014 bereitgestellten Mittel für die Versorgung von Binnenflüchtlingen verwendet wurden. Ebenso wurden Hilfsmaßnahmen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in den Jahren von 2008 bis 2014 von der Bundesregierung gefördert: im Jahr 2008 mit 2 Mio. Euro, in den Jahren 2009 bis 2014 mit jeweils 1 Mio. Euro. Auch diese Maßnahmen kamen ganz oder teilweise Binnenvertriebenen zugute. Ferner leistete die Bundesregierung im Jahr 2012 einen Beitrag in Höhe von 3 Mio. Euro und im Jahr 2013 einen Beitrag in Höhe von 2,5 Mio. Euro für Programme des UNHCR, die afghanischen Rückkehrern aus Pakistan und Iran zugutekamen.

- c) Welche deutschen humanitären Hilfsorganisationen engagieren sich nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich der Versorgung von Binnenflüchtlingen?

Die in der Antwort zu Frage 2b aufgeführten Zuwendungen wurden für humanitäre Hilfsmaßnahmen folgender deutscher Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt: Deutsche Welthungerhilfe e. V., ADRA Deutschland e. V., Deutscher Caritasverband e. V., Johanniter-Unfallhilfe e. V. und Save the Children Deutschland e. V.

Nach Kenntnis der Bundesregierung engagieren sich darüber hinaus auch folgende deutsche Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Versorgung von Binnenflüchtlingen: Deutscher Volkshochschulverband e. V. und Shelter Now Germany e. V.

3. Welche Mittel des deutschen Beitrages an das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen sind für Afghanistan bestimmt?

Welche Mittel sind davon jeweils für Projekte zur Versorgung von Binnenflüchtlingen, und welche Mittel sind für die Versorgung von Flüchtlingen vorgesehen?

Auf die Antwort zu Frage 2b wird verwiesen.

4. In welcher Höhe werden nach Kenntnis der Bundesregierung internationale Hilfsgelder zur Bewältigung der Probleme der Binnenflüchtlinge in Afghanistan bereitgestellt?

Im Financial Tracking Service von UN OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) werden für das Jahr 2014 Programme mit einer Gesamtsumme von 26 421 194 US-Dollar aufgeführt, in deren Projektbezeichnungen ausdrücklich Binnenvertriebene genannt werden. Diese Hilfsprojekte für Bin-

nenvertriebene wurden unter anderem durch folgende Organisationen umgesetzt: UNHCR, Oxfam International, UNICEF, IRC, NFUAJ („National Federation of UNESCO Association Japan“) und CRS („Catholic Relief Service US“). Gefördert wurden die Projekte von der EU, Deutschland, Japan, Norwegen, der Schweiz und den USA.

5. Wie bewertet die Bundesregierung die am 11. Februar 2015 von der afghanischen Regierung verabschiedete Gesetzgebung zum Umgang mit Binnenflüchtlingsen?

Die Bundesregierung bewertet die neue Strategie der afghanischen Regierung zum Umgang mit Binnenflüchtlingsen grundsätzlich positiv, diese bedarf jedoch noch konkreter Umsetzungspläne, erfordert einen erheblichen finanziellen Aufwand und politischen Durchsetzungswillen.

- a) Welche Herausforderungen sind nach Ansicht der Bundesregierung bei der Umsetzung dieser Gesetzgebung zu erwarten?

Die Schwierigkeiten bei der Integration der zahlreichen Binnenflüchtlingsen sind vielfältig. Noch fehlen ein nationaler Umsetzungsplan, eine die Flüchtlingspolitik koordinierende, hochrangige Regierungsstelle sowie ausreichende finanzielle Ressourcen. Auf Provinzebene fehlt es zudem häufig an qualifiziertem Personal, welches bspw. regionale Aktionspläne verfassen kann. Die konkreten Herausforderungen betreffen u. a. ungeklärte Land- und Eigentumsfragen, hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Infrastruktur, Sicherheitserwägungen und Zugang zu humanitärer Hilfe.

- b) Unterstützt oder plant die Bundesregierung, die Umsetzung dieser Politik zu unterstützen?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Die Bundesregierung plant im Rahmen der Sonderinitiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ in den nächsten Jahren neue Mittel in Höhe von insgesamt 19,5 Mio. Euro für Maßnahmen bereitzustellen, die sowohl nach Afghanistan zurückkehrenden Flüchtlingen als auch Binnenflüchtlingsen zugutekommen. Hiervon sollen 12 Mio. Euro über das UNHCR und 7,5 Mio. Euro über den Deutschen Volkshochschulverband umgesetzt werden. Ferner ist die Förderung eines weiteren Vorhabens der Deutschen Welthungerhilfe e. V. zur Schaffung alternativer Lebensgrundlagen für binnenvertriebene Familien in Vorbereitung (1,8 Mio. Euro).

- c) Plant die Bundesregierung ihre Unterstützung im Zuge der neuen Gesetzgebung zu intensivieren?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, in welchen Bereichen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5b verwiesen.

6. In welcher Weise begegnet die Ausbildungsmission der NATO (Organisation des Nordatlantikvertrages) dem Problem der zunehmenden Vertreibung der Bevölkerung im Rahmen der anhaltenden Kämpfe zwischen den afghanischen Sicherheitskräften?

Über anhaltende „Kämpfe zwischen den afghanischen Sicherheitskräften“ ist der Bundesregierung nichts bekannt. Die afghanischen Sicherheitskräfte („Afghan National Defense and Security Forces“ – ANDSF) haben mittlerweile die Sicherheitsverantwortung für Gesamtafghanistan übernommen und nehmen diese eigenständig wahr. Die NATO-Mission „Resolute Support“ (RSM) konzentriert sich auf die Ausbildung, Unterstützung und Beratung der ANDSF. Die Operationsplanung und -durchführung liegt allein bei den ANDSF. Die Beratung der Koordinationszentren („Operational Coordination Centres“) der ANDSF zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der geplanten Operationsführung.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage in Afghanistan im Hinblick auf die Fähigkeit humanitärer Hilfsorganisationen, Binnenflüchtlinge zu erreichen?

In Afghanistan ist der Zugang zu Binnenflüchtlingen weiter erheblich erschwert. Dies liegt an bewaffneten Auseinandersetzungen, an Entführungs- und Anschlagrisiken sowie an Bedrohungen gegen Schulen, Krankenhäuser und internationale Einrichtungen. Insbesondere im Süden und Osten Afghanistans sowie in entlegenen Gebieten ist der Zugang zu Binnenflüchtlingen nur beschränkt möglich und kann durch humanitäre Hilfsorganisationen teilweise nur aus der Ferne verwaltet werden. Besserer Zugang wird erreicht vor allem durch lokale Verhandlungsprozesse mit den beteiligten lokalen Gemeinschaften und ggf. oppositionellen Gruppen, und dadurch, dass es Hilfsorganisationen gelingt, durch ihre unparteiische, auf die konkrete Hilfeleistung wie z. B. Geburtshilfe, konzentrierte Arbeit, die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung zu gewinnen.

Projektbezeichnung	Träger	Laufzeit	Budget
Gesundheitsversorgung und Infrastrukturverbesserung	Caritas International e.V.	06/08-06/09	331.374,04
Gesundheitsförderung und Infrastrukturverbesserung	Caritas International e.V.	05/09-12/09	200.000,00
Wiederaufbau Südostafghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	05/07-12/09	2.559.657,25
Unterstützung des Wiederaufbaus in ausgewählten Regionen Nordostafghanistans	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	06/07-06/08	288.385,65
Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	01/08-12/08	358.700,00
Unterstützung des Wiederaufbaus (Provincial Development Fund)	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	05/08-06/09	4.563.026,83
Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	01/09-12/09	378.000,00
Wiederherstellung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	09/09-12/11	4.450.000,00
Nothilfe nach Überschwemmungen in Nord-Afghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	07/09-12/11	1.680.000,00
Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	01/10-12/10	378.000,00
Provinzentwicklungsfonds zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Nordostafghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	06/10-06/11	5.872.929,71
Aufbau und Stärkung der Katastrophenvorsorge- und Managementstruktur	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	09/10-09/13	2.909.413,86
Wiederherstellung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen in Nordost-Afghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	09/10-09/13	7.220.098,86
Wiederherstellung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen in den Provinzen Balkh und Samangan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	09/12-03/14	1.996.144,96
Integration von Binnenvertriebenen in Afghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH	04/13-12/16	8.732.000,00
Aufbau und Rehabilitation der Basisversorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen	Deutsche Weithungerhilfe e. V. - DWHH	09/07-08/08	200.000,00
Gemeindeentwicklung im Osten	Deutsche Weithungerhilfe e. V. - DWHH	06/08-06/11	1.399.063,70
Friedensentwicklung und Stärkung der Zivilgesellschaft auf regionaler Ebene	Mediothek für Afghanistan	01/08-12/10	750.000,00
Begleitung für die Rückkehr und Integration von Rückkehrern sowie IDPs in Afghanistan	United Nations High Commissioner for Refugees	09/12-12/12	1.000.000,00
Schaffung von Schutzräumen für durch Krieg und Vertreibung traumatisierte Kinder und Jugendliche	Deutsche Weithungerhilfe e. V. - DWHH	01/12-12/14	1.564.492,50
			46.831.287,36

